

"Staatsfeiertag 2016"

Auszug aus dem Interview mit S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein

Im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht ja die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer zur Volksabstimmung, wie stehen Sie dazu?

Grundsätzlich begrüße ich es sehr, wenn sich die Wirtschaft so intensiv der Vereinbarkeit von Familie und Beruf widmet. Ich halte es auch für sinnvoll, zu überlegen, wie die Mittel der FAK in diesem Sinne besser genutzt werden können. Es ist durchaus berechtigt, dass die Wirtschaft sich darüber Gedanken macht, nachdem sie einen grossen Teil dieser Mittel beiträgt. Der Sozialversicherungsbereich ist allerdings ein sehr komplizierter Bereich und ich fürchte, dass die Initiative nicht in sämtlicher Hinsicht

durchdacht ist. Sie behandelt ausserdem nur einen Teilaspekt der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Daher glaube ich, dass sich Wirtschaft und Politik – unabhängig vom Ergebnis der Volksabstimmung – in nächster Zeit noch anderen Aspekten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt widmen sollten.

Welche Aspekte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf schweben Ihnen da noch vor?

Weitere Aspekte sehe ich vor allem im Bereich der Arbeitszeitmodelle: Attraktiv sind Arbeitsplätze für Eltern zum Beispiel dann, wenn sie ihre Arbeitszeit möglichst selbst steuern können, wenn sie nach der Geburt eines Kindes ohne Nachteile für die Karriere Elternurlaub und Teilzeitarbeit in Anspruch nehmen können oder wenn Meetings nicht frühmorgens oder abends stattfinden. Mir ist klar, dass diese sogenannte Zeitsouveränität für Mitarbeiter je nach Betrieb nur in Grenzen möglich ist. Doch gerade ange-

sichts einer auch demografisch bedingten Zunahme des Fachkräftemangels in Europa werden sich die Unternehmen zum Gewinnen und Halten von Fachkräften Gedanken machen müssen, wie die Arbeit organisiert werden kann, damit Familie und Beruf möglichst leicht zu vereinen sind. Auch auf staatlicher Seite könnte man versuchen, im Schulbereich möglichst gleichmässige Blockzeiten einzuführen und die Schulzeiten enger mit dem Freizeitangebot der Musikschule und der Vereine abzustimmen, sodass die Eltern im Idealfall ihre Kinder auch im Pflichtschulalter möglichst täglich während einer längeren Zeit gut betreut wissen.

Andererseits gibt es auch Mütter und Väter, die zugunsten der Kinder auf Berufstätigkeit verzichten und sich durch die Kita-Finanzierung ungerecht behandelt fühlen. Müssten diese nicht auch entschädigt werden?

Wenn wir jegliche bisher unentgeltliche Tätigkeit in Zukunft staatlich entschädigen wollen, werden wir unseren Staat nicht mehr finanzieren können. Daher sehe ich kaum Möglichkeiten, jene Frauen und Männer zu entschädigen, welche zugunsten der Kinder auf ihre Berufstätigkeit verzichten. Dies kann man natürlich als eine Ungerechtigkeit gegenüber jenen empfinden, die sich für ein zusätzliches Einkommen entscheiden und dafür auch noch Kita-Subventionen erhalten. Meiner Ansicht nach sollten daher Kitas grundsätzlich auch nicht durch den Staat, sondern primär durch die Eltern und die Unternehmen, die ein Interesse an der Arbeitskraft haben, finanziert werden. Der Staat sollte eigentlich nur dort eingreifen, wo Familien auf die Einkommen beider Elternteile angewiesen sind. Allerdings sehe ich diese Staatsaufgabe nicht beim Land, sondern bei den Gemeinden, weil diese ja ohnehin vielfach die Räumlichkeiten für Kitas zur Verfügung stellen. Auch bei Staatsaufgaben ist es besser, wenn Verantwortungen nicht geteilt, sondern möglichst klar nur einer Stelle zugewiesen werden.

Vom Bildungswesen zu Reformen, die schon umgesetzt worden sind. AHV, BPVG und auch das KVG wurden reformiert. Sind Sie zufrieden damit?

Ja. Wir haben wichtige Schritte, die in anderen Staaten bis jetzt kaum erfolgreich angegangen werden konnten, umgesetzt und damit unseren Staat für die nächsten Jahre gut aufgestellt. Obwohl die demografische Entwicklung auch in Liechtenstein weiterhin eine Herausforderung bleiben wird, können wir so in den kommenden Jahren weitere Schritte leichter angehen beziehungsweise werden wir uns weniger schwer tun als andere Staaten.

Aus der Bevölkerung kam allerdings auch die Klage, dass auf dem Buckel der Armen und Alten gespart wird. Die Freie Liste hat daher eine einfache Initiative eingereicht mit dem Ziel, erwerbsabhängige Krankenkassenprämien einzuführen. Denken Sie, diese Rechnung geht auf?

Nein, ich fürchte, dass mit einem solchen Ansatz letzten Endes fast alle eine höhere Rechnung bezahlen werden. Nicht zuletzt auch, weil wichtige Anreizverbesserungen der jüngsten KVG-Reform wieder beseitigt werden würden.